



Noch weit voneinander entfernt: Delegationen der EU und des Bundesrates im Januar am Davoser WEF.

Zurück an den Anfang

Cassis' Rahmenvertrag wird zerlegt, die Sozialpartner verwerfen nun auch seinen Kern

Daniel Friedli

So hatte sich Aussenminister Ignazio Cassis das wohl nicht vorgestellt. Seit gut zwei Jahren sagt er nun, das vorliegende Rahmenabkommen mit der EU sei weitgehend positiv - es brauche einfach noch Klärungen zu drei umstrittenen Fragen. Und darum bot der Bundesrat letztes Jahr auch die Sozialpartner auf, für den Lohnschutz, die Frage der Staatsbeihilfen und die umstrittene Unionsbürgerrechtlinie breit abgestützte Lösungen zu suchen.

Nun liegt deren Antwort vor, und sie fällt für Cassis' Vertrag verheerend aus: Einig sind sich Gewerkschaftsbund, Travail Suisse, Arbeitgeber und Gewerbe primär darin, dass der Vertrag so nicht unterzeichnet werden darf. Neue Ideen, wie man die offenen Fragen erfolversprechend lösen könnte, legen sie nicht vor. Schlimmer noch: Die Mehrheit von ihnen stellt sogar Punkte infrage, an denen der Bundesrat nicht mehr rütteln will: die dynamische Rechtsübernahme sowie das Schiedsgericht mit seinem Link zum Europäischen Gerichts-

hof (EuGH). Dies geht aus einem Brief der Sozialpartner an den Bundesrat hervor, über den diese Woche verschiedene Medien berichteten und der auch dieser Zeitung vorliegt.

Keine Dynamik

Gemäss dem jetzigen Vertragsentwurf verpflichtet sich die Schweiz, neues EU-Recht im Bereich der bilateralen Verträge grundsätzlich zu übernehmen, und zwar dynamisch, also über das normale schweizerische Gesetzesverfahren. Kommt es dabei zu Streitigkeiten, soll ein Schiedsgericht diese beurteilen. Und betrifft die strittige Frage allein EU-Recht, muss das Schiedsgericht den EuGH beiziehen, der dieses Recht verbindlich auslegt.

An diesem Verfahren hat zuletzt alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann Kritik geübt. Es tangiere die Souveränität der Schweiz, schrieb er in der NZZ. Dasselbe kritisiert seit langem die SVP - und in ihrem Brief nun auch drei der vier Sozialpartner. Die Dachverbände der Gewerkschaften sowie der Gewerbeverband lehnen diese dynamische Logik

des Abkommens ab. Sie fordern stattdessen den Bundesrat auf, er solle vitale Bereiche wie den Lohnschutz ganz aus dem Vertrag ausklammern und ein Modell mit einem «klassisch bilateralen Streitschlichtungsmechanismus» entwickeln, also ohne Mitwirkung des EuGH. «Wir fokussieren auf den Lohnschutz und den Service public. Aber es ist grundsätzlich schwierig, das Volk von einer dynamischen Rechtsübernahme zu überzeugen», sagt Gewerkschaftspräsident Pierre-Yves Maillard. «Das kommt nun auch hier zum Ausdruck.» Nur der Arbeitgeberverband kann sich ein Abkommen in der bisherigen Logik vorstellen, sofern zusätzliche Garantien für den Lohnschutz vorliegen.

Damit muss Cassis nun zur Kenntnis nehmen, dass an seinem Vertrag weit mehr kritisiert wird als bloss einige offene Punkte. Vielmehr wird das ganze Konstrukt infrage gestellt und damit letztlich auch wieder das schon lange verabschiedete Verhandlungsmandat. Und ebenso deutlich wird, dass sich die Wünsche der Sozialpartner nicht mit

Nun liegt die Antwort vor, und sie fällt für Cassis' Vertrag verheerend aus.

zusätzlichen Präzisierungen oder Erklärungen in Brüssel erfüllen lassen. Dazu brauchte es neue Verhandlungen, was die EU bisher immer ausgeschlossen hat.

Grosses Absturzrisiko

So steht der Bundesrat nun vor der schwierigen Frage, wie er mit den Forderungen der Sozialpartner umgehen soll. Je weniger er darauf eingeht, umso grösser ist die Gefahr, dass der Vertrag innenpolitisch abstürzt. Je mehr er davon übernimmt, umso grösser ist das Risiko, dass ihm Brüssel eine Abfuhr erteilt.

Angesichts dieser Ausgangslage haben im Bundeshaus viele Politiker die Hoffnung auf eine Lösung aufgegeben. Sie sagen, es gehe nur noch darum, wer dem Projekt zuerst den Todesstoss versetze und wer dem anderen

dann die Schuld zuschieben könne: die Schweiz oder die EU. Andere hoffen, dass der Bundesrat und die Sozialpartner nach der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative von heute Sonntag nochmals einen Anlauf nehmen werden. Dies sei ja auch der Plan gewesen: Man eint zuerst die Sozialpartner, erneuert die alte Europa-Allianz, bekämpft mit der gemeinsam beschlossenen Überbrückungsrente die SVP-Initiative und schafft so Vertrauen für neue Lösungen beim Rahmenvertrag.

Ob dieser Plan aufgeht, ist derzeit offener denn je. Und zwar auch darum, weil auf Seite der linken Skeptiker grundsätzliche politische Überlegungen in die Strategie einfließen. So sagt ein einflussreicher SP-Mann, man habe am heutigen Abstimmungssonntag die Chance, der SVP in ihrem Kernthema Europa eine schwere Schlappe zuzufügen, die sie für lange zurückwerfen werde. Da wäre es töricht, gleich darauf einen schlechten Rahmenvertrag vorzulegen. Denn im Kampf gegen dieses Abkommen könnte sich die SVP sogleich wieder aufrichten und stärken.

In Kürze

Dicke Schneedecke in höheren Lagen

In Davos ist am Samstag eine Schneedecke von 26 Zentimetern gemessen worden, in Montana im Kanton Wallis lagen 25 Zentimeter Schnee. Im September habe es in der Vergangenheit seit Messbeginn im Jahr 1931 kaum je so viel Schnee gegeben wie am Freitag und Samstag, vermeldete SRF Meteo. In den Bergen sind zahlreiche Strassen schneebedeckt und Pässe gesperrt. (sda)

Kinderbetreuung: Mehr Lohn verlangt

Rund 500 Personen haben am Samstag in Zürich für bessere Arbeitsbedingungen in Kindertagesstätten und Horten demonstriert. Sie forderten mehr Lohn, Zeit und Respekt. Organisiert hatte die Kundgebung eine Gruppe von in der Kinderbetreuung tätigen Personen. Laut der Stadtpolizei verlief die bewilligte Demonstration friedlich. (sda)

Alpeninitiative will Kostenwahrheit

Die Mitgliederversammlung der Alpeninitiative hat am Samstag in Glarus eine Resolution an Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga verabschiedet. Sie fordert, dass die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe kostendeckend ausgestaltet werde. Dafür müsse sie neu und einheitlich mit dem maximalen Tarif von 325 Franken definiert werden, schreibt die Alpeninitiative in einem Communiqué. (zsz.)

Autolenkerin tödlich verunfallt

In Charmey im Kanton Freiburg ist am Freitagabend eine Autofahrerin bei einer Frontalkollision ums Leben gekommen. Die 40-Jährige geriet auf die Gegenfahrbahn, und ihr Auto stiess mit einem Lieferwagen zusammen. Die Frau verstarb am Unfallort, wie die Polizei am Samstag mitteilte. Ihr fünfjähriges Kind auf dem Rücksitz wurde schwer verletzt. (sda)

Giftschutt beim Blausee: Bund benötigt umstrittenes Areal

Der Steinbruch Mitholz ist für den Bund zentral für künftige Grossprojekte. Darum will er Klarheit schaffen. Zu rasch, sagen die Blausee-Besitzer.

René Donzé

Die Verschmutzung des Blausees im Berner Oberland und das Fischsterben beschäftigen nun auch den Bund. Konkret geht es um den nahen Steinbruch, auf dem mutmasslich illegal Schotter aus dem Lötschberg-Scheiteltunnel gelagert wurde. Die Betreiber des Naturparks Blausee vermuten, dass vergiftetes Grundwasser aus diesem Steinbruch zum Fischsterben im See geführt hat. Sie haben Strafanzeige eingereicht. Auf Intervention des Kantons Bern wurden rund 1000 Tonnen belastetes Material in der Grube ausgebaggert und entsorgt. Die Frage ist, ob damit die ganze Verschmutzung behoben ist.

Am Freitag hat eine Delegation des Bundesamtes für Verkehr (BAV) und des Bundesamtes für Umwelt den Steinbruch besucht,

wie ein Sprecher bestätigt. «Ziel war, zu überprüfen, ob die Materialbewirtschaftung für das Projekt Fahrbahn Lötschberg-Scheiteltunnel vorschriftsgemäss erfolgt», schreibt das BAV auf Anfrage. Der Bund, Mehrheitsaktionär der Bauherrin BLS Netz AG, ist daran interessiert, dass die Arbeiten vorangehen.

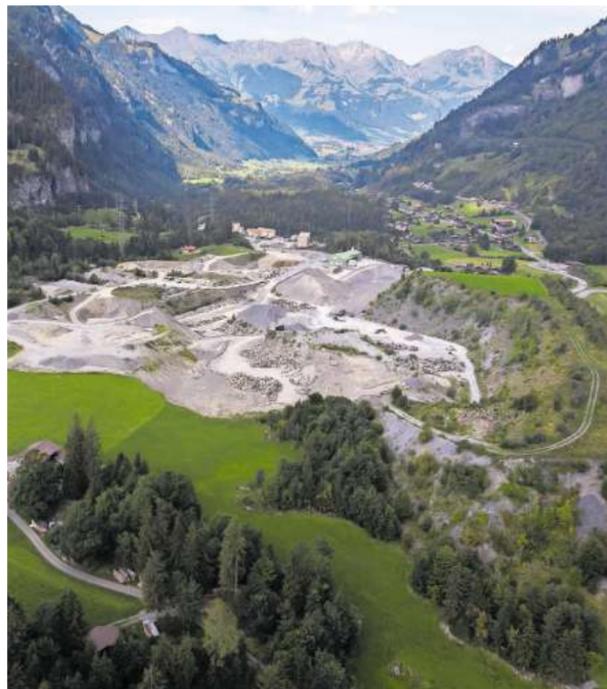
Das Interesse führt aber weit über die gegenwärtigen Arbeiten hinaus. Denn wie sich nun zeigt, ist das Areal des Steinbruchs für weitere Grossprojekte des Bundes von zentraler Bedeutung. So soll dort dereinst der Installationsplatz für den Ausbau des Lötschberg-Basistunnels eingerichtet werden. Unter anderem werden Unterkünfte für die Bauarbeiter erstellt, wie ein Sprecher der BLS bestätigt. Auf belastetem Boden sind Wohnbauten nicht erlaubt.

Nebst dem Bundesamt für Verkehr erhebt auch das Militär Anspruch auf die Örtlichkeit - und zwar als Werkplatz für die Räumung des alten Munitionslagers. In der 1947 nach einer Explosion eingestürzten Anlage bei Mitholz

befinden sich noch immer rund 3500 Bruttotonnen Munition und mehrere hundert Tonnen Sprengstoff, die entschärft und entsorgt werden müssen. Allerdings kann das Militär das Areal erst nutzen, wenn der Ausbau des Basistunnels abgeschlossen ist. Nach heutiger Planung sollte dies 2030 oder 2031 der Fall sein. Der Start des Tunnelbaus erfolgt voraussichtlich 2025 oder 2026.

Obwohl der Zeithorizont noch weit entfernt ist, vermuten die Besitzer des Blausees, dass diese künftigen Projekte mit ein Grund dafür sind, dass die Behörden möglichst bald zur Tagesordnung zurückkehren wollen. «Aus meiner Sicht ist das Areal von grosser strategischer Bedeutung», sagt Stefan Linder von der Blausee AG. «Offenbar gibt es keine wirklich guten Alternativen. Zudem sind vermutlich alle anderen Varianten massiv kostenintensiver.»

Er kritisiert, dass die inzwischen getätigten Bodenproben bewusst von Stellen genommen worden seien, die weniger oder keine Schadstoffbelastung auf-



Begehrtes Land: Der Steinbruch Mitholz im Kandertal. (16. 9. 2020)

wiesen. Diese Woche hat die Betreiberin der Deponie, die zur Vigier-Gruppe gehört, einen Expertenbericht der Firma Geotest veröffentlicht, der zum Schluss kommt: «Im heutigen Zustand der Deponie wurden mit den durchgeführten Untersuchungen keinerlei Hinweise auf eine erhöhte Belastung festgestellt, welche zu einer Verunreinigung oder Gefährdung des Grundwassers führen könnte.»

Ähnlich tönt es vonseiten des Bundes: Bei der Begehung am Freitag sei festgestellt worden, «dass der unzulässigerweise zwischengelagerte Ausbauschotter vollständig ausgebaut und den Vorschriften entsprechend entsorgt beziehungsweise verwertet worden ist», schreibt das BAV. «Gemäss heutigem Kenntnisstand besteht keine Gefährdung der Umwelt.» Doch damit ist das Thema nicht abgeschlossen: Die Strafuntersuchungsbehörden haben ebenfalls Proben entnommen. Und auch das kantonale Parlament nimmt die Vorkommnisse am Blausee unter die Lupe.